

Metallindustrie einigt sich auf neuen Gesamtarbeitsvertrag

Die Sozialpartner beschliessen einen Mindestlohn und fortschrittlichere Arbeitsbedingungen

Die Sozialpartner der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM) haben sich auf einen neuen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) geeinigt. Die Löhne passen sich künftig der Teuerung an, und die berufliche Umschulung von Angestellten wird gefördert.

Der neue GAV, dem in der Schweiz rund 100 000 MEM-Angestellte in mehr als 500 Unternehmen unterstellt sind, tritt am 1. Juli in Kraft und gilt für fünf Jahre - vorausgesetzt, die Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretungen geben grünes Licht, wie die Verbände gestern separat mitteilten.

Teuerungsausgleich automatisch
Nach zähen Verhandlungen hatten die Gewerkschaften vor fünf Jahren die Festsetzung eines Mindestlohns durchgesetzt. Nun einigten sich die Sozialpartner darauf, dass dieser ab 2019 automatisch an die Teuerung - gemessen am Landesindex der Konsumentenpreise - angepasst wird.

Zusätzlich werden die Mindestlöhne im Tessin und im Jurabogen schrittweise erhöht, und zwar um 30 Franken pro Jahr. Damit sei ein erster Schritt getan,

um das Tessin aus dem Niedriglohnsegment herauszuführen, schreibt die Gewerkschaft Syna. Externe Revisionsstellen kontrollieren künftig die Lohnanpassungen.

Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbände schrieben sich auf die Fahnen, eine Erhöhung der Wochenarbeitszeit von bisher 40 Stunden auf 42 Stunden erfolgreich abgewehrt zu haben. Dies habe jedoch einen «hohen Preis» gekostet, schreibt der Kaufmännische Verband (kfmv): den Verzicht auf ein Krankentagegeld-Obligatorium sowie auf eine generelle Erhöhung der Mindestlöhne.

Arbeitgeber- wie Arbeitnehmervertretungen beschrieben die Verhandlungen als intensiv, äusserten sich mit dem Ergebnis aber zufrieden. Hans Hess, Präsident des Arbeitgeberverbands Swissem, nannte den neuen GAV ein «ausgewogenes, modernes Vertragswerk», das die Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft besser berücksichtige.

Auch der Kaufmännische Verband spricht von einem «modernen Vertragspaket», das die Herausforderungen durch den digitalen Wandel aufnehme und die Attraktivität der MEM-Branche



«Der GAV ist ein ausgewogenes, modernes Vertragswerk»

HANS HESS
PRÄSIDENT SWISSEM

für Arbeitnehmende und Berufseinsteiger erhöhe.

Emporgehoben wird eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Arbeit. So sollen der berufliche Aufstieg und Wiedereinstieg für Frauen erleichtert werden, schreibt die Gewerkschaft Unia. Dazu komme die Möglichkeit, Teilzeitpenssen flexibler aufzuteilen oder die Arbeitszeit vorübergehend zu senken, um Familienpflichten nachzukommen.

Unternehmen müssen beabsichtigte Kündigungen älterer Mitarbeitender individuell prüfen. Arbeitgeber sind mit zwingender Zusage der Arbeitnehmenden ermächtigt, die Arbeitszeit unter klar definierten Umständen während 24 Monaten zu erhöhen; bisher war dies bis zu 30 Monate lang möglich.

Schliesslich planen die Sozialpartner eine «Weiterbildungsoffensive»: Der bereits bestehende Weiterbildungsfonds soll neu auch «Herausforderungen der Digitalisierung auf Funktions- und Jobveränderungen abfedern», wird Karin Oberlin, Leiterin Sozialpartnerschaft beim kfmv, zitiert. Die neue «MEM-Passelle 4.0» soll Arbeitnehmenden neue berufliche Perspektiven eröffnen. (SDA)

STERBEHILFEORGANISATION EXIT

Exit will keinen Altersfreitod ohne ärztliches Rezept

Die Sterbehilfeorganisation Exit hat sich hinter die 2017 eingesetzte Kommission gestellt, die sich mit Altersfreitod beschäftigt. Die Generalversammlung beschloss gestern, deren Arbeit fortzuführen.

Die Kommission hatte an der letztjährigen Generalversammlung vom Juni 2017 den Auftrag erhalten, Massnahmen für einen erleichterten Zugang zum Mittel Natrium-Pentobarbital (NaP) für betagte Menschen mit Sterbewunsch vorzuschlagen.

Keine Rechtfertigung nötig

Die Arbeitsgruppe kam zum Schluss, dass die Kriterien «Leiden am und im Alter» und ein konstanter Sterbewunsch Voraussetzungen für eine erleichterte Sterbehilfe sein sollten, Sterbewillige ihren Wunsch aber nicht rechtfertigen müssen. Auch sehen die Kommissionsmitglieder die Urteilsfähigkeit der Sterbewilligen als eine Bedingung an.

Unter anderem hat die Kommission zwei Gutachten in Auftrag gegeben. Ein erstes Memorandum zum Thema «Ethik» liegt seit Kurzem vor und wird nun analysiert, das zweite zum Thema «Recht» steht noch aus. Die Kommission soll nun ein weiteres Jahr eingesetzt werden und an der GV 2019 erneut Bericht erstatten. Dies wurde an der von mehreren Hundert Mitgliedern besuchten Generalversammlung von Exit Deutsche Schweiz in Zürich entschieden.

Ärztliches Rezept bleibt nötig

Die GV unterstützte ebenfalls den Antrag für eine vereinfachte Legalinspektion. Nach einem Suizid müssen von den Behörden eine amtliche Untersuchung eröffnet und eine Legalinspektion des Leichnams durchgeführt werden. Die Kommission kam zum Schluss, dass eine Abschaffung der Legalinspektion gegenwärtig nicht im Interesse von Exit sei. Erarbeitet wurden von der Kommission aber Massnahmen zur Vereinfachung der Legalinspektion.

Die Bildung der Arbeitskommission «Altersfreitod» war von einem Komitee mit mehreren über 70-jährigen Vereinsmitgliedern angeregt worden. Das Komitee hatte unter anderem vorgeschlagen, NaP ohne ärztliche Diagnose oder gar ohne ärztliches Rezept an Senioren abzugeben, die nicht mehr weiterleben möchten, auch wenn sie nicht an einer schmerzhaften tödlichen Krankheit leiden. Die Kommissionsmitglieder kamen nun aber überein, dass ein ärztliches Rezept einstweilen weiter notwendig sein wird. (SDA)

RETTUNGSÜBUNG

Vorgehen bei Zugunfall mit Chlogas

Rettungs- und Sicherheitskräfte haben im Kanton Waadt das Unglück eines Zugs simuliert, der mit giftigem Chlogas beladen war. An der Übung nahmen rund 300 Personen teil, die Organisatoren zogen im Anschluss ein positives Fazit.

Wie die Waadtländer Kantonspolizei gestern mitteilte, wurde auf dem Güterbahnhof von Denges VD ein Unfall nachgestellt, bei dem ein mit Chlor beladener Zug von einem Kran beschädigt wurde. Ziel war das Üben der Koordination der verschiedenen Einsatzkräfte gemeinsam mit der SBB unter der Leitung des kantonalen Führungsstabs.

Die übergeordneten Vorgaben wurden gemäss den Polizeiangaben erreicht - die Beurteilung der Führungsprozesse, die Zusammenarbeit der Einsatzkräfte auch mit den Bundesbahnen und die Bergung und Dekontamination der Opfer. Eine detaillierte Auswertung der Übung stand noch aus. (SDA)

Nachrichten

Hausverein will mehr politisches Gewicht

ST. GALLEN Der Hausverein Schweiz hat sich anlässlich seines 30-jährigen Bestehens hohe Ziele gesteckt: Der Verband will seine Mitgliederzahl bis 2025 fast verdoppeln und an politischem Gewicht gewinnen. Die Delegiertenversammlung schickte die Wachstumsstrategie 2025 gestern in St. Gallen in eine interne Vernehmlassung. Das Ziel ist, in sieben Jahren im Verband 25 000 Mitglieder zu vereinen; zurzeit zählt der Hausverein 13 500 Mitglieder. Der Hausverein sieht sich als faire und umweltbewusste Alternative zum bürgerlichen Hauseigentümergebiet. (SDA)

Ausserorts mit 147 km/h in die Radarfalle

WALLENRIED FR Die Freiburger Polizei hat in der Nacht auf Samstag einen Raser angehalten. Er fuhr auf einer Hauptstrasse in Wallenried FR mit 147 km/h in eine Radarfalle. Erlaubt war an dieser Stelle bloss eine Geschwindigkeit von 80 km/h. Der Autofahrer wurde später von einer Patrouille gestoppt und auf dem Polizeiposten verhört. Er soll wegen eines Raserdelikts angezeigt werden. Sein Auto wurde beschlagnahmt und der Führerausweis eingezogen. (SDA)

Eine Million Franken für zwei Briefmarken

ZÜRICH Zwei seltene Briefmarken sind in Zürich für zusammen gegen eine Million Franken verkauft worden. Der chinesische «Small Dollar» aus dem Jahr 1897 ging für 605 000 Franken an einen neuen Besitzer. Der in Blau gedruckte «Kopfstehende Schwan» aus Westaustralien von 1854 gilt als die bekannteste Briefmarke von Australien. Sie wurde für 314 000 Franken versteigert. (SDA)

Polizeieinsatz für eine Ente im Kami

BASEL Polizisten haben gestern in Basel einen Gänsesäger befreit, der in einem Kaminrohr festsass. Ein Wohnungsmieter hatte festgestellt, dass ein unbekanntes Tier in seinen Kamin gefallen war. Er schloss deswegen die Klappe am Kamin. Der unverletzte Gänsesäger wurde in den Tierpark Lange Erlen gebracht. (SDA)



Teilnehmer der LGBT-Parade marschierten gestern entlang der Seepromenade in Lugano.

KEYSTONE

Pride färbt Lugano bunt

Lugano hat gestern seine erste friedliche und fröhliche Gay Pride erlebt.

Bunt gekleidet und in friedlicher Stimmung zogen die nach Polizeiangaben rund 7000 Teilnehmer durch die Stadt. Sie mussten wegen eines Gewitters zeitweise ihre Regenschirme öffnen.

Aussenminister Ignazio Cassis begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Namen des Bundesrates an der ersten Gay Pride der italienischsprachigen Schweiz. «Dies tue ich aus dreifacher Überzeugung, nämlich als Vertreter der Auslandschweizer, der liberalen Werte meiner Partei und meiner Italianità», sagte der FDP-Bundesrat.

Mit dem Tod bestraft

Er verurteile jegliche diskriminierende oder gewalttätige Haltung aufgrund von sexuellen Präferenzen, sagte Cassis. In mehr als 70 Ländern sei Homo-

sexualität verboten. In einigen Ländern werde sie gar mit dem Tod bestraft. Er erinnerte an die Rolle der Schweiz beim Entstehen für die Menschenrechte, unabhängig von der sexuellen Orientierung. Vor ein paar Tagen habe er diese Frage mit einer Delegation aus Weissrussland besprochen. Die Eröffnung einer Schweizer Botschaft in Minsk sei an die Akzeptanz von Homosexuellen gebunden, sagte Cassis.

Cassis beglückwünschte die Organisatoren der Gay Pride in Lugano für ihren Mut, die Veranstaltung im eher konservativen Tessin auf die Beine gestellt zu haben. Katholische Kreise hatten den Anlass im Vorfeld kritisiert, erhielten aber keine Bewilligung für eine Gegenkundgebung.

Mit Cassis freuten sich der Luganeser Stadtpräsident Marco Borradori (Lega) und die Tessiner Grossratspräsidentin Pelin Kandemir Bordoli (SP) über den Erfolg der ersten Tessiner Gay Pride. Der Anlass sei wichtig für

die Öffnung des Kantons gegenüber Minderheiten.

«Unsere Gesellschaft hat sich in 20 Jahren stark gewandelt», sagte Cassis im Gespräch mit der Nachrichtenagentur sda. Vor 20 Jahren habe er sich als Arzt in Tessin mit der Immunschwächekrankheit Aids beschäftigt. Von der Krankheit oder von Homosexualität zu sprechen, sei damals ein Tabu gewesen.

Nachhaltig sichtbar machen

Es war der Westschweizer Pride-Umzug, der dieses Jahr in Lugano stattfand, nachdem er vergangenes Jahr durch Bern gezogen war. Politische Forderungen waren mit der Pride 2018 nicht verbunden. Ziel der Teilnehmenden sei es, Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender (LGBT) nachhaltig sichtbar zu machen, sagte ein Sprecher. Denn LGBT seien trotz Verbesserungen immer noch Opfer von Diskriminierung. (SDA)

Sánchez soll Spanien regieren

Pedro Sánchez ist als neuer spanischer Ministerpräsident vereidigt. Seine Regierung muss es vielen recht machen, ihr Spielraum ist begrenzt.

Spanien hat einen neuen Regierungschef: Sozialisten-Chef Pedro Sánchez ist am Samstag von König Felipe VI. als Nachfolger des konservativen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy vereidigt worden. Der 46-Jährige muss nun sein Kabinett zusammenstellen. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Parlament steht seine Regierung auf wackligen Füßen.

Der Präsident der Sozialistischen Partei (PSOE) legte seinen Amtseid im Zarzuela-Palast in Madrid ab. Sánchez verzichtete dabei auf eine Bibel oder ein Kreuz - als erster Ministerpräsident seit der Rückkehr Spaniens zur Demokratie im Jahr 1977.

In den kommenden Tagen muss er nun seine Minister benennen. Erst wenn die Kabinettsliste im Amtsblatt veröffentlicht wurde, kann die neue Regierung ihre Arbeit aufnehmen.

An der Vereidigung nahm auch Sánchez' Vorgänger Rajoy teil. Das Parlament hatte den 63-Jährigen am Freitag abgewählt. Eine absolute Mehrheit von 180 der insgesamt 350 Abgeordneten sprach Rajoy das Misstrauen aus.

Hintergrund war eine Korruptionsaffäre um seine Volkspartei (PP). Sánchez hatte den Misstrauensantrag gestellt, nachdem zahlreiche einst führende Vertreter der PP wegen Korruption zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden waren.

Fragile Mehrheitsverhältnisse

Da die Sozialisten nur 84 Abgeordnete stellen, waren sie auf die Stimmen anderer Oppositionsparteien angewiesen, um Rajoy zu stürzen. Gegen den konservativen Regierungschef stimmten letztlich auch die Linkspartei Podemos, die katalanischen Regionalisten sowie die baskischen Nationalisten. Die Befürworter des Misstrauensvotums betonten aber bereits, dies sei für Sánchez kein Blankoscheck. Angesichts der fra-



Pedro Sanchez (rechts) mit dem Spanischen König Felipe VI während der Vereidigung.

gilen Mehrheitsverhältnisse und der heterogenen Zusammensetzung des Anti-Rajoy-Bündnisses ist Sánchez' Handlungsspielraum begrenzt. Der neue Regierungschef werde nur Projekte umsetzen können, «für die er einfach Mehrheiten» im Parlament beschaffen kann, sagte der Politikwissenschaftler Fernando Vallespín.

Sánchez selbst sagte am Freitag nach dem Parlamentsvotum, er wolle die Herausforderungen, vor denen sein Land steht, «mit Demut» angehen. Er kündigte an, Spaniens Verpflichtungen gegenüber der EU nachzukommen und die sozialen Probleme wie die hohe Arbeitslosigkeit anzugehen. Zudem stellte er Neuwahlen in Aussicht, nannte dafür aber keinen Termin.

Den von Rajoys Regierung verabschiedeten Haushalt will Sánchez beibehalten - ein Zugeständnis an die Baskenpartei PNV, die das Budget im Gegenzug für Millionen-Investitionen in die Baskenregion unterstützt hatte. Der PNV-Abgeordnete Aitor Esteban warnte dennoch, dass Sánchez' Minderheitsregierung «schwach» sein werde und dem Ministerpräsidenten ein «kompliziertes» Mandat bevorstehe.

Mit der Umsetzung des Haushalts geht Sánchez ausserdem auf Konfrontationskurs zur linken Podemos, die auf eine Beteiligung an der Regierung pocht und eine Erhöhung der Sozialausgaben verlangt.

Sánchez' Aufstieg zum Regierungschef ging ein spektakuläres Comeback voraus. Nachdem seine Sozialisten bei den Parlamentswahlen 2015 eine Niederlage erlitten hatten und im Jahr darauf noch weiter abstürzten, wurde Sánchez als Parteichef entmachtet. Schon im Mai 2017 kehrte er aber wieder an die Spitze der PSOE zurück.

Brücken zu Barcelona

Seine Vereidigung fiel mit der Amtseinführung der neuen katalanischen Regionalregierung zusammen. Sánchez will nach eigenen Worten «Brücken bauen» zur neuen Führung in Barcelona.

Seine Regierung wolle, dass Katalonien «in Spanien bleibt und wird den Katalanen zuhören». Der neue Regionalpräsident Quim Torra forderte Sánchez gestern umgehend zu Gesprächen auf. (SDA)

Die Nazi-Verharmlosung

Gauland nennt NS-Zeit «Vogelschiss in der Geschichte»

Der Präsident der Alternative für Deutschland (AfD), Alexander Gauland, hat die Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland relativiert und damit Empörung ausgelöst. «Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte», sagte Gauland gestern beim Bundeskongress der AfD-Nachwuchsorganisation Junge Alternative im thüringischen Seebach.

Dieser mit Beifall aufgenommene Satz fiel nach einem Bekenntnis von Gauland zur Verantwortung der Deutschen für den Nationalsozialismus von 1933 bis 1945. Zum wiederholten Mal sorgt die rechtspopulistische AfD durch Thesen zum Umgang mit der deutschen Geschichte für Aufregung.

CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer schrieb dazu auf Twitter: «50 Mio. Kriegsgesopfer, Holocaust und totaler Krieg für AfD und Gauland nur ein «Vogelschiss»! So sieht die Partei hinter bürgerlicher Maske aus.»

«Nur wer sich zur Geschichte bekennt, hat die Kraft, die Zukunft zu gestalten», sagte der AfD-Parteipolitiker und Fraktionsvorsitzende. «Ja, wir bekennen uns zur Verantwortung für die 12 Jahre.» Gauland machte aber auch deutlich, dass das nur ein Teil der deutschen Geschichte sei: «Wir haben eine ruhmreiche Geschichte - und die, liebe Freunde, dauerte länger als die verdammten zwölf Jahre.»

Thüringens Partei- und Fraktionschef Björn Höcke, der auch Gast des Bundeskongresses der Jungen Alternative war, hatte im vergangenen Jahr mit der Forderung nach einer «erinnerungspolitischen Wende um 180

Grad» für heftige Debatten gesorgt. Ein Parteiausschlussverfahren gegen Höcke, das noch der alte Bundesvorstand unter der damaligen AfD-Chefin Frauke Petry eingeleitet hatte, ist inzwischen vom Thüringer Schiedsgericht beendet worden. Es lehnte einen Parteiausschluss Höckes ab.

«Cool bleiben»

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer riet in der Auseinandersetzung mit der rechtspopulistischen AfD zu Sachargumenten gemischt mit einem Schuss Ironie. «Man darf nicht über jedes Stöckchen springen, das einem hingehalten wird», sagte er der «Welt am Sonntag». Sachsen haben Erfahrung mit Parteien rechts von der Union.

«Die NPD war zwei Mal im sächsischen Landtag. Auf die Aggressivität, das Brechen mit Konventionen und die Lautstärke mussten wir uns da auch erst einstellen», räumte der Christdemokrat ein. «Die NPD konnten wir politisch entzaubern, und bei der AfD sind wir auf einem guten Weg.» In dieser Auseinandersetzung müsse man «cool bleiben», man brauche «sachliche Argumente, und manchmal hilft Ironie», sagte Kretschmer. Das sei jetzt auch im Deutschen Bundestag ganz wichtig. Für die AfD sei die CDU «der grösste Feind», sagte Kretschmer.

Auch deshalb sei klar, dass es mit dieser Partei keine gemeinsamen Positionen und schon gar keine Zusammenarbeit geben könne, betonte der Ministerpräsident. Die AfD habe keinen positiven Ansatz, den man brauchen, um Politik zu gestalten. (SDA)

Zeit für die Strasse

Italiens populistische Regierung legt sofort los. Vizepremier Salvini nimmt sich die Ausgaben für Flüchtlinge vor.

Einen Tag nach der Vereidigung hat Italiens neue Regierung von populistischer Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) und rechtsextremem Lega mit der Arbeit begonnen. Ministerpräsident Giuseppe Conte nahm an der Seite von Präsident Sergio Mattarella gestern in Rom eine Militärparade anlässlich des Nationalfeiertags ab.

Der 53-jährige Jurist Conte musste sich darüber hinaus mit einem 33-seitigen Dossier seines Vorgängers Paolo Gentiloni befassen, wie italienische Medien berichteten. Das Papier zur Amtübergabe listet unter anderem Fragen der Zuwanderung und wirtschaftliche Schwierigkeiten italienischer Unternehmen wie der Fluggesellschaft Alitalia auf. Auch die anstehenden Treffen auf EU-Ebene und der G7-Staaten werden in den Unterlagen aufbereitet.

Salvini besucht Sizilien

Bereits am Freitag hatte der neue Innenminister und Lega-Chef, Matteo Salvini, einen Besuch auf Sizilien angekündigt. Bei der für Sonntag geplanten Visite will sich Salvini nach eigenen Worten ein Bild von der Lage an einem der wichtigsten Anknüpfungspunkte von Flüchtlingen in Italien machen.

Salvini bezeichnete die Migrations- und die Sicherheitsfrage als seine Prioritäten. Dabei werde er sich vor allem um Kürzungen bei den Geldern bemühen, die Italien für die Versorgung von

circa 180 000 Flüchtlingen ausgibt. «Fünf Milliarden Euro für den Erhalt von Migranten ist einfach zu viel», sagte Salvini, nachdem er als Innenminister vereidigt wurde. Er wolle kein Minister hinter dem Schreibtisch sein, sondern viel Zeit «auf der Strasse» verbringen. Auf den Posten des Lega-Vorsitzenden, den er seit 2013 bekleidet, wolle er auch als Innenminister und Vizepremier nicht verzichten.

Der 45-jährige Salvini ist nicht der erste Lega-Politiker, der das Innenministerium führt. Sein Parteikollege Roberto Maroni war 1994 bis 1995 und von 2008 bis 2011 Innenminister in Regierungen von Silvio Berlusconi.

«In den nächsten Stunden werde ich Gespräche mit den Innenministern verschiedener EU-Länder führen. Wir wollen zusammenarbeiten und nicht streiten. Unsere Regierung ist demokratisch. Es ist logisch, dass, wer früher Italien regierte und jetzt in die Opposition gehen muss, nicht zufrieden ist», so Salvini gestern.

Der italienische Staatspräsident Sergio Mattarella hat am Freitag die neue Regierung unter Ministerpräsident Giuseppe Conte vereidigt. Dem neuen Kabinett gehören 18 Minister an, darunter fünf Frauen. Der 53-jährige parteilose Conte führt eine Regierung aus der rechten Lega und der populistischen Fünf-Sterne-Bewegung an. Auch unabhängige Experten gehören ihr an.

Die erste rein populistische Regierung Westeuropas plant eine Abkehr von der Sparpolitik der vergangenen Jahre, etwa durch das Absenken des Rentenalters und Steuersenkungen. Zudem strebt die Koalition eine Neuverhandlung der EU-Verträge und eine schärfere Migrationspolitik an. (SDA)

Nachrichten

Keine Truppen aus Iran in Syrien

DAMASKUS In Syrien würden keine iranischen Truppen an der Seite des Militärs kämpfen. Dies sagte der syrische Aussenminister Walid al-Muallim. Es gebe nur Berater aus Iran, die auf Einladung der Regierung in Syrien seien. Er reagiert damit auf Vorwürfe Israels. Er wirft Israel vor, Lügen über Iran zu verbreiten. Die israelische Armee befürchtet, dass Iran Israel von Syrien aus angreifen könnte und hat deshalb mehrfache Ziele in Syrien beschossen. (SDA)

EU will Belohnung für Flüchtlingsaufnahme

BRÜSSEL Wenn die EU Gelder an ihre Mitgliedsstaaten verteilt, soll sie dies davon abhängig machen, ob die Staaten Flüchtlinge aufnehmen. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat diesen Plan gegenüber dem «Redaktionsnetzwerk Deutschland» verteidigt. Für jeden Nicht-EU-Bürger, den ein Staat zwischen 2013 und 2016 aufgenommen hat, soll er 2800 Euro erhalten. (SDA)

Über-Fahrer erschiesst seinen Fahrgast

DENVER Ein für den Fahrdienst Uber tätiger Mann ist in der US-Stadt Denver unter Mordverdacht festgenommen worden. Der 29-jährige habe am Freitag nach einem Streit seinen Fahrgast erschossen, teilte die Polizei mit. Er sagte aus, dass sein 45 Jahre alter Kunde ihn angegriffen habe. Der Fahrer, der eine halbautomatische Pistole bei sich trug, wurde am Tatort festgenommen. (SDA)